

Amer Tazgeblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnementpreise: Die Monatsgebühren betragen für Anzeigen aus Auz und Umgebung 25 Pfennige, Restgebiete 30 Pfennige, auswärtige 40 Pfennige. Einmalige Bestellungen 1 Reichsmark, umliegende 20 Pfennige.

Telegramme: Tazgeblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auz. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 82

Dienstag, den 9. April 1929

24. Jahrgang

Ermäßigung der Reparationsforderung der Alliierten?

Die Politik der Woche

Nach ein Jubiläum

Frankosen und Engländer feierten in den letzten Tagen den fünfundsamzigsten Jahrestag des Bestehens der Entente cordiale zwischen Frankreich und England. In Frankreich fanden die Festlichkeiten vornehmlich in Cannes statt. Briand selbst war erschienen um die Feste zu halten. Für England sprach Lord Derby, der den Franzosen versicherte, daß König Georg und der gegenwärtige Prinz von Wales von denselben freundschaftlichen Gefühlen durchdrungen sind, wie sie König Eduard VII. vor 26 Jahren für Frankreich hegte. In London und Umgebung erschien anlässlich des Jubiläums der französische General Gouraud mit 600 Kriegsteilnehmern und wurde aus diesem Anlaß von der Bevölkerung und Regierung überaus gefeiert. Die französische Regierungspresse würdigt aus diesen Anlässen die Entente cordiale, die auch "Brüderliche Entente" genannt wird, als das wichtigste politische Ereignis zu Beginn unseres Jahrhunderts. Diese Auffassung kann man auch als Deutscher teilen, wenngleich die erdrückende Mehrheit unserer Volksgenossen mit den harten Köpfen der angelsächsischen Welt der Auffassung ist, daß in dieser Entente cordiale nicht nur die Eintrachtspolitik gegen Deutschland eingeschlossen war, sondern auch der erste und tiefste Grund des hinter uns liegenden Weltkrieges.

Ueber die Sitzung, die die Delegierten der Gläubigerstaaten in Anwesenheit der amerikanischen Delegierten nach Ueberreichung der in den Einzelbesprechungen mit den Legationen von England, Frankreich, Italien und Belgien festgestellten zahlenmäßigen Forderungen am Sonnabend nachmittag abgehalten haben, verlautet offiziell nichts. Die Agentur Havas erklärt lediglich, daß die Diskussion über die letzten Montag wieder aufgenommen und daß sie wahrscheinlich den größten Teil der kommenden Woche in Anspruch nehmen werde. Die allgemeine Meinung gehe dahin, daß das Ergebnis dieser Besprechungen in ungefähr acht Tagen bekanntwerden werde. Nach dem "Matin" ist man nunmehr der Ueberzeugung gekommen, daß noch mehrere Tage notwendig sein werden, um die Zahlen der Forderungen an die Grenze dessen zu bringen, was die Amerikaner praktisch für friedliebend erklären. Unter diesen Umständen müßten die Alliierten und Amerika ihre Forderungen um mehr als eine halbe Milliarde Mark im Jahr, was die Reparationen anbetrifft, herabsetzen, und man habe noch nicht einmal die Sicherheit, daß Deutschland eine Annuität von 1800 Millionen, man alsdann erzielen würde, annehmen werde. Deutscher drückte sich der Außenminister des "Echo de Paris" aus, der dem Vorsitzenden der Konferenz eine Reihe von Vorwürfen macht. Er führt aus, unter dem Vorwand, wolle nicht vorzeitig Partei ergreifen, sondern entspannen

Keine Veranlassung zum Optimismus

Gegenüber den optimistischen Verlautbarungen in der Pariser Morgenpresse über den Stand der Verhandlungen zur Regelung der Reparationsfrage erfahren wir von gut unterrichteter Berliner Seite, daß vorläufig zu irgendwelchem Optimismus keinerlei Anlaß vorliegt.

Chamberlain und Mussolini

Der englische Außenminister Chamberlain, der von den Amerikanern mit Vorliebe als "Franzosenarr" charakterisiert wird, hielt es jetzt unmittelbar vor den englischen Unterhauswahlen für zweckmäßig, den englisch-französischen Verständigungsausschuss nach Florenz zu unternehmen. Dort erwies er den Besuch Mussolinis, der natürlich ganz zufälligerweise von Grandi, dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes begleitet war. Die Begegnung beider Staatsmänner hat die französische Presse recht nervös gemacht, während die Engländer sich zurückhielten und die wohlwollenderen italienische Presse von der Begegnung überhaupt keine Notiz nahm, es sei denn, daß sie die amtliche Verlautbarung Mussolinis veröffentlichte. Diese stellt, wie nicht anders zu erwarten war, eine vollständige Eintracht zwischen den augenblicklichen Auffassungen und Absichten Mussolinis und Chamberlains fest. Man geht jedoch kaum fehl, wenn man Mussolini die Unterstützung der italienischen Forderungen auf der zweiten Pariser Daweskonferenz durch die englischen Vertreter anfordert, und sich mit dem englischen Außenminister eingehend über die Forderungen und nächsten Absichten der italienischen Politik im Mittelmeer und auf dem Balkan unterhält.

In Paris nichts Neues

Die Konferenz der Finanzfachverständigen in Paris, die gleich nach Ostern ihre Beratungen wieder aufnahm, kommt nur langsam voran. Es ist ein jedes Ringen um Zahlen und um die Endsumme der deutschen Kriegsschulden, um die Dauer der deutschen Jahreszahlungen. Ein Memorandum der alliierten Gläubigerstaaten und eine zweite Denkschrift der Amerikaner stehen im Vordergrund. Die deutsche Auffassung ist hinreichend bekannt. Wiederrum zeigte sich, daß die gesamte französische Presse den stärksten politischen Druck auszuüben vermag, um Dr. Schacht zu Zugeständnissen zu bewegen, die für unsere Volkswirtschaft einfach untragbar sind. Es ist nicht auszuschließen, daß zu den beiden Memoranden noch ein drittes deutsches Memorandum hinzukommt. Möglich ist aber auch, daß sich ein Teil der Sachverständigen auf der Grundlage des amerikanischen Memorandums einigt, während ein anderer Teil der Sachverständigen auf seinen Sonderaufstellungen verharret. Darüber müssen uns die nächsten Tage und Wochen näheren Aufschluß geben.

Dänische Wahlen

Wider Erwarten schnell ist es in Dänemark zum Wahlkampf gekommen. Das bestehende Kabinett der linken Bauern haben-Majoral konnte sich nur halten, so lange es die Konservativen stützte. Die Regierung nahm diese Hilfe bereitwillig entgegen, lehnte es jedoch ab, die Konservativen in die Regierung aufzunehmen und ihnen entgegenzukommen. Die in Dänemark seit Jahren brennende Frage der Steuerreform führte über Nacht den Sturz des Kabinetts und die Auflösung des Folketings herbei. Darüber freuten sich eigentlich nur die Sozialdemokraten, die vor wenigen Wochen bei den Gemeindeforwahlen gänzlich abgefielen, da das bestehende Bauernkabinett sich durch seine rigorosen Sparmaßnahmen, durch die Herabsetzung der Staatsausgaben für die soziale Versicherung und die Verkürzung der Löhne und Gehälter recht beliebt gemacht hatte. Da die Regierungsgremien im aufgelösten Folketing nur über eine Mehrheit von sechs Mandaten verfügten, ist damit zu rechnen, daß die Sozialdemokraten und die Linken im neuen Folketing eine Mehrheit erringen werden. Sie können gleichwohl nicht darauf hoffen, ihre radikalen Abrüstungspläne durchzusetzen, da in Dänemark das Zweikammersystem besteht und das Landthing, die erste Kammer, in erdrückender Weise konservativ gesinnt ist.

Im Namen der Völker

Eine egoistische Meldung kommt aus Japan. Der geheime Rat der japanischen Regierung, der eigentliche Staatsrat, hat nämlich die schwersten Bedenken, daß der Kellogg-Pakt "im Namen der Völker" abgeschlossen wurde. Das widerspricht durchaus der theokratischen Auffassung der Japaner, die auf die göttliche Abstammung ihres Mikado pochen, und sein oberer Befehlsgewalt in allen politischen Fragen gemacht werden müssen. Der Staatsrat verlangt daher von der Regie-

und die Geister miteinander versöhnen, haben Owen D. Young es unterlassen, die Deutschen von Anfang an daran zu erinnern, daß sie die Fordernden seien, also daß es ihnen zukomme, Angebote zu machen. Er habe auch die Gläubiger nicht ermutigt, sich über ein gemeinsames Programm zu einigen, damit sie auf der ganzen Linie solidarisch seien. Dr. Schacht befindet sich also jetzt in der bequemen Lage des Abwehrenden, die Rollen seien vollkommen vertauscht. Die Sachverständigen die vier Gläubigerstaaten hätten sich nur, um diesem Mißstand abzuwehren entschlossen, die Arbeit zu unternehmen, die sie schon vor zwei Monaten hätten durchführen müssen. Sie hätten jetzt begonnen, die von den verschiedenen Delegationen aufgestellten Zahlen so herabzusetzen, daß sie insgesamt unter der Dawes-Annuität von 2 1/2 Milliarden blieben. Es handele sich also um eine Amputation, die sicher nicht schmerzlos vor sich gehe. Die Aussprache über die Zahlen der vier Gläubigerstaaten untereinander werde vermutlich drei oder vier Tage in Anspruch nehmen.

Englands Verhältnis zu Frankreich und Italien.

Chamberlain über seine Begegnung mit Mussolini.
Der Korrespondent des "Londoner Observer" in Florenz giebt eine Unterbrechung mit Chamberlain über seine Begegnung mit Mussolini. Die Frage, ob das faschistische System eine Gefahr für den Frieden bedeute, verneinte Chamberlain entschieden und fügte hinzu: Mussolini wünscht Frieden; er sucht den Frieden zum Werke des Wiederaufbaues. Die Beziehungen zwischen England und Italien sind ausgezeichnet. Es besteht kein ernstlicher Anlaß zum Streit zwischen ihnen. Meine Erfahrung hat mich gelehrt, daß Mussolini hält, was verspricht. Man kann offen mit ihm verhandeln, und ich habe Sympathie für ihn.

Als der Berichterstatter von dem großen Unbehagen sprach, daß in maßgebenden italienischen Kreisen infolge der alliiert-französischen Zusammenarbeit herrsche, erklärte Chamberlain in entschiedenem Tone: Es widerspricht meiner ganzen Auffassung von der internationalen Politik, daß gute Beziehungen zwischen zwei Nationen als schädlich für die Interessen einer dritten Partei anzusehen seien. Ich weiß, daß man gesagt hat, die Franzosen stecken mich in die Tasche. Während der letzten vier Jahre habe ich allein für den Frieden gearbeitet. Freundschaft und Freundschaft zwischen anderen Nationen sind auf die Dauer immer auch den Interessen Englands dienlich. Gegenüber der Beschuldigung, daß ich zu unbillig gegen Frankreich sei, bitte ich zu beachten, daß ich gerade auf der Grundlage dieser Freundschaft mitgeholfen habe, unsere gemeinsame Wiederverständigung mit Deutschland aufzubauen. Mac Donald hat dasselbe getan, und er hat recht gehandelt. War Deutschland besser daran, als Frankreich und England sich stritten und als das Ruhrgebiet besetzt war, oder ist es besser daran, seitdem Frankreich und England wieder das Vertrauen zueinander gefast haben und seitdem der Versailler Vertrag unterzeichnet ist?

Die Angelegenheit der belgischen Dokumente.

Die holländischen Blätter veröffentlichten einen offenen Brief, den der Chefredakteur des Utrechtschen Tagesblatts, Dr. Ritter, an den Ministerpräsidenten in der Angelegenheit der belgischen Dokumente gerichtet hat. In dem Brief wies Dr. Ritter der Regierung vor, daß sie in dieser Sache mehrfach irreführende Mitteilungen gemacht habe. Insbesondere habe sie die kürzlich vom Außenminister im Parlament gegebene Erklärung und der Bericht des Rotterdammer Kaufmanns van Beuningen im Neuen Rotterdammer Courant unrichtigkeiten. Wie Dr. Ritter in seinem Briefe erklärte, van Beuningen bei der Erwerbung der Dokumente im Auftrag der Regierung gehandelt, während der Außenminister van Beuningen übereinstimmend behauptete, daß Beuningen mit der Verfertigung des Utrechtschen Briefes nicht das geringste zu tun gehabt habe. Da die Regierung der Wahrheit über diesen Punkt den Schlüssel zum Verständnis der ganzen Dokumentenangelegenheit bilde, ersucht Dr. Ritter die Regierung an, sich mit der Einleitung einer unparteiischen Untersuchungskommission einverstanden zu

Stimmungsmache gegen Deutschland

Falschmeldung einer französischen Zeitung
Der Pariser Soir hat eine Notiz gebracht, des Inhaltes, daß das deutsche Sparguthaben auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1928 105 Mark betragen habe, während es sich vor dem Kriege auf nur 21 Mark pro Kopf belaufen habe. Von unrichtigster Seite erfahren wir dazu, daß die Zahl 105 pro Kopf für das Jahr 1928 wohl im großen und ganzen zutreffend ist. Es ist aber nicht richtig, daß die Sparguthaben des Einzelnen vor dem Kriege nur 21 Mark betragen haben. In Wirklichkeit war das durchschnittliche Sparguthaben vor dem Kriege 291 Mark, also nicht ganz dreimal so viel als im Jahre 1928.

Bulgarien und Tschecoslowakei

Besuch des Königs Boris in Prag

Die "Prager Presse" erzählt aus der allernächsten Umgebung des Königs Boris folgende Einzelheiten über seinen Besuch in Prag und Lenz: Der Besuch ist auf keinen besonderen offiziellen Anlaß zurückzuführen, er gab jedoch reichlich Gelegenheit zu einem gegenseitigen Meinungsaustausch und wird sicherlich günstige Folgen für die gegenseitigen Beziehungen zeitigen. Der Besuch des Königs in Prag entspricht einem langgehegten Wunsch der beiden Staatsoberhäupter, da seit geraumer Zeit sowohl Präsident Masarik als auch König Boris eine persönliche Bekanntschaft herbeiwünschten. Der Besuch war dementsprechend durch einen herzlichen und intimen Ton charakterisiert.

Das Befinden des Reichspräsidenten

Reichspräsident von Hindenburg hat in den letzten Tagen unter einem Grippeanfall mit Magenstörung gelitten, den er aber gut überwunden hat. Der Reichspräsident, der auch während dieser Erkrankung die laufenden Geschäfte weitergeführt hat, hat seit Sonnabend wieder die regelmäßigen Vorträge entgegengenommen, muß sich aber in der nächsten Zeit in Empfängen und Ausgängen noch gewisse Zurückhaltung auflegen.

Der Ruf nach der Abrüstung

Zahlreiche Antritte für Durchführung der Abrüstungskonferenz

Zahllose Kundgebungen zur Abrüstungsfrage sind in der letzten Zeit in der Abrüstungsabteilung des Völkerverbandssekretariats in Genf eingetroffen. Sie verlangen dringend eine entschlossene Wiederaufnahme und schnelle Durchführung der Vorbereitungen für die Einberufung der Abrüstungskonferenz und die baldige Bewirkung der allgemeinen Abrüstung. Die nach Hunderten zählenden Kundgebungen stammen hauptsächlich von sozialistischen und gewerkschaftlichen Verbänden und Vereinen, die einer in der gleichen Richtung gehenden Entschließung des Exekutivkomitees der Dritten Internationale, die vor einigen Monaten in London gefast wurde, vor dem Völkerverband und vor dem in sein Lager zusammentretenden Vorbereitungs-ausschuss noch vermehrten Nachdruck verleihen wollen. Man darf leider nicht erwarten, daß der Vorbereitungs-ausschuss von diesem Schritt der Majorität der verbündeten Länder Kenntnis nehmen wird.

